

Benko, Illwerke und Siegfried Wolf – war es zu politischen Interventionen vonseiten der ÖVP gekommen.

Ende 2019 scheint der Fall jedenfalls zugunsten der Familie Liechtenstein gelöst worden zu sein, denn die Finanzverwaltung sah von einer Steuernachzahlung in Millionenhöhe ab. Macho verwies dazu auf eine geänderte Rechtsprechung des VwGH.<sup>395</sup>



### Der Fall Pierer: Die rechtswidrige Maulwurfsuche im Finanzministerium

Auch ÖVP-Großspender Stefan Pierer profitierte von außergewöhnlichen Aktivitäten des ÖVP-geführten Finanzministeriums.

Pierer war im Jahr 2017 einer der größten Parteispender der ÖVP. Seine Spende in Höhe von 436.563 Euro im Zuge des Nationalratswahlkampfes an die Bundes-ÖVP wurde mit 5. September 2017 dem Rechnungshof gemeldet.<sup>396</sup> Nur drei Wochen später legte sich das ÖVP-geführte Finanzministerium für Pierer ins Zeug, als am 29. September bekannt wurde, dass Pierer (gemeinsam mit 146 weiteren Personen) auf der sogenannten „Abschleicherliste“ (Kapitalzufluss- und -abflussgesetz-Meldeliste) auftauchte.<sup>397</sup> (Pierer hat im Zuge von Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein 20 Millionen Euro nach Österreich überwiesen und entging damit einer Steuernachzahlung von

sechs Millionen Euro.<sup>398</sup>) Nur sieben Stunden nachdem die Information an die Öffentlichkeit gelangte (vom Zeitpunkt der ersten Vorabmeldung im Profil; Sa. 30.09.2017, 8.00 Uhr), eröffnete Finanzminister Hans-Jörg Schelling die Jagd auf den internen „Maulwurf“.

WhatsApp-Verkehr zwischen Hans-Jörg Schelling und Generalsekretär Thomas Schmid vom 30. September 2017<sup>399</sup>

**„Wer hat Zugang zu den Kapitalzufluss-/ Abflusskontrollen?“**

Schelling

**„Dass das von uns rausgeht ist eine Vermutung und ich glaube es NICHT ...“**

Schmid

**„Eigentlich müssten wir sehen, wer das aufgerufen hat. Der Computer hinterlässt Spuren.“**

Schelling

Für BMF-Sektionschef Eduard Müller (zu dessen Aufgaben auch Personalangelegenheiten gehörten<sup>400</sup>) hatte der Fall sofort höchste Dringlichkeit. „Wahrscheinlich noch am selben Tag“<sup>401</sup> schaltete er das Büro für interne Angelegenheiten (BIA) ein, obwohl dieses für Verletzungen des Amtsgeheimnisses nach Paragraph 310 des Strafgesetzbuches gar nicht zuständig war.<sup>402</sup> Selbst der Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, wurde gebeten „Wegen der Pierer Sache [...] ein Auge drauf [zu] haben!“<sup>403</sup>

Ein Mitarbeiter des Finanzamtes für Großbetriebe merkte dazu im Untersuchungsausschuss erschüttert an, dass ihm und einem weiteren Mitarbeiter auf Druck von BMF-Sektionschef Eduard Müller „disziplinar [...] ziemlich wild getan worden“ war.<sup>404</sup> Müller übermittelte dem BIA nicht nur Daten zu dutzenden Mitarbeiter\*innen, sondern forderte auch persönlich strafrechtliche Ermittlungen ein.<sup>405</sup> Laut dem betroffenen Mitarbeiter des Finanzamtes sei es darum gegangen:

*„kurz vor den Wahlen 2017, vor den Nationalratswahlen, sozusagen den Täter oder, wenn man es volkstümlich ausdrückt, die Sau zu finden, die man durchs Dorf treiben muss [...]“.*<sup>406</sup>

In Summe sei die Vorgehensweise des BMF „rechtsstaatlich mehr als bedenklich“ gewesen. Zudem seien

*„Grenzen massivst – massivst! – überschritten [worden]. Da hat man gemerkt, was politische Einflussnahme - [...], was da in Gang gesetzt wurde, um das quasi aufzuklären [...] Heute sind wir klüger und heute würden wir uns, glaube ich, noch mehr gegen diese Einflussnahme wehren. Darum kann ich das jedem Politiker auf die Fahnen heften, nie in solchen Verfahren Einfluss zu nehmen“.*<sup>407</sup>

Am Ende stellte die Datenschutzbehörde nach einer entsprechenden Beschwerde des zu Unrecht verdächtigten BMF-Mitarbeiters fest, dass rechtswidrig ermittelt wurde<sup>408</sup>, bzw. der Dienstgeber den Mitarbeiter „im Recht auf Geheimhaltung verletzt, indem dieser personenbezogene Daten ... zum Zwecke der Aufklärung des Verdachts der Begehung von Straftaten verwendet hat“.<sup>409</sup>

Es bleibt ein Akt von 8.000 Seiten<sup>410</sup> und ein rechtlich fragwürdiges Vorgehen des Finanzministeriums im Sinne eines ÖVP-Spenders. Die undichte Stelle konnte nie gefunden werden.



### Exkurs: Immer wieder Edi Müller

Eduard Müller war in seiner Funktion als Sektionschef im Finanzministerium und Kurzzeit-Finanzminister mit zahlreichen brisanten Fällen befasst.

Diese betreffen etwa fragwürdige **BMF-Aktivitäten zugunsten von Steuerangelegenheiten sehr reicher Personen** (siehe den Abschnitt: Spezialbehandlung für Superreiche), allen voran die Steuerverfahren von Siegfried Wolf und René Benko, aber auch die Aktivitäten im Zuge der Abschleicherliste rund um Stefan Pierer. Die WKStA führt Eduard Müller seit Oktober 2022 als Beschuldigter.<sup>411</sup>

Müller wurde immer wieder bei parteipolitischen **Aktivitäten des Finanzministeriums eingesetzt**:

- Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2017 erhielt er von Generalsekretär Thomas Schmid den Auftrag, die Versteuerung des Honorars des damaligen SPÖ-Beraters Tal Silberstein zu prüfen. Prompt erfüllte Müller den Auftrag<sup>412</sup> und lieferte damit der ÖVP die entsprechenden Finanzinformationen. Laut Aussage von Müller im Untersuchungsausschuss habe er „die Verpflichtung gefühlt“, dem Auftrag Schmidts nachzukommen.<sup>413</sup> Doch nicht nur im Umfeld der SPÖ wurde in diesem Zusammenhang „recherchiert“: Auch

zu den NEOS dürfte es laut Akten eine ähnliche Anfrage durch Müller gegeben haben.<sup>414</sup> Offenbar wurde hier der Aktenbestand des BMF aus parteipolitischen Motiven durchforstet, um belastendes Material zu politischen Mitbewerber\*innen zu Tage zu fördern.

- Er soll, ebenfalls im Zuge des Nationalratswahlkampfes, Zahlungen in Höhe von 19.241,63 Euro an das Beratungsunternehmen ICG für ein Steuerkonzept freigegeben haben, obwohl er laut WKStA gewusst haben soll „dass es sich dabei um ausschließlich parteipolitisch motivierte (...) Leistungen handelte“.<sup>415</sup>
- Er sei per E-Mail vom 17. Oktober 2017 über das Anbot von Sabine Beinschab betreffend der vermeintlichen Studie „*BMF Betrugsbekämpfung*“ informiert worden.<sup>416</sup> Mit der Auftragserteilung will Müller laut Aussage im Untersuchungsausschuss aber nichts zu tun gehabt haben.<sup>417</sup>

- Er hatte mit Studien - mutmaßlich zugunsten der ÖVP - zu tun, die das Ministerium auf Steuerzahlerkosten beauftragte. So finanzierte das BMF in seiner Zeit als Finanzminister im Herbst 2019 eine Medienmarktanalyse der Firma *Media Affairs*, die dem Untersuchungsausschuss unter dem Dateinamen „*Auftritt der Opposition 1. Halbjahr*“ übermittelt wurde, wobei in der Studie auch Müllers eigene „*Performance als Finanzminister*“ abgefragt wurde.<sup>418</sup>

Wie bereits im Ibiza-Untersuchungsausschuss aufgezeigt, war Müller auch in diverse **nicht öffentlich kommunizierte Privatisierungsbestrebungen** betreffend Postsparkasse<sup>419</sup>, Bundesrechenzentrum<sup>420</sup> und ARE/BIG<sup>421</sup> involviert. Und er war mit dem Doppelgehalt von Bernhard Perner (siehe Abschnitt weiter unten) befasst und beteiligte sich gemeinsam mit Thomas Schmid an Überlegungen für heimliche Weihnachtsgeschenke für Mitarbeiter\*innen des Finanzministeriums.<sup>422</sup>

Weiters soll sich Müller an **Postenschacher** zugunsten von ÖVP-Politiker\*innen beteiligt haben. So war er bei der Jobsuche für die ehemalige ÖVP-Nationalratsabgeordnete Gabriele Tamandl (siehe folgender Abschnitt) involviert.



Der Untersuchungsausschuss brachte zahlreiche parteipolitisch motivierte Postenbesetzungen durch die ÖVP ans Tageslicht. Die Aktenlage zeigt eindeutig, dass der seit Jahrzehnten praktizierte Postenschacher<sup>423</sup> im Untersuchungszeitraum (18. Dezember 2017 bis 11. Oktober 2021) konsequent weiterbetrieben wurde. So wurden parteinahe Kandidat\*innen unabhängig von ihrer Qualifikation in staatlichen Unternehmen und teilweise auch im Justizsystem installiert und zum Teil fürstlich entlohnt. Angesichts der Fülle kritikwürdiger Besetzungen können hier nur einige exemplarische Fälle angeführt werden.

Der ehemalige Sektionschef im Bundeskanzleramt, Manfred Matzka, geht jedenfalls davon aus, dass die parteipolitischen Postenbesetzungen der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung „*eine neue Dimension angenommen*“ haben, wobei ein „*strategisch geplanter Personalaustausch stattgefunden*“ habe. Konkret sei etwa im Bundeskanzleramt durch Umstrukturierungen kein einziger Sektionschef auf seinem Posten geblieben. Es sei nur mehr „*um Loyalität und Nähe*“ gegangen und „*[d]ie Generalsekretäre, die unter Türkis-Blau in den Ministerien installiert wurden, waren eine Schar verhaltensauffälliger Typen*“, die zu „*schreiende[n] Qualitätsverlusten im Kanzleramt und im Innenministerium*“ geführt hätten, so der langjährige Spitzenbeamte im Ruhestand.<sup>424</sup>